



Der Präsident des Organisationskomitees der Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris, Tony Estanguet, ist Gegenstand einer kürzlich von der französischen Finanzstaatsanwaltschaft eingeleiteten Untersuchung, die sich auf die Bedingungen seiner Vergütung bezieht, wie die Nachrichtenagentur Agence France Presse am Dienstag meldet.

Das Gehalt von Tony Estanguet im Visier der Justiz. Die nationale Finanzstaatsanwaltschaft (PNF) hat eine Untersuchung der Vergütungsbedingungen des Präsidenten des Organisationskomitees für die Olympischen und Paralympischen Spiele (Cojop) in Paris eingeleitet. Dies erfuhr die Agence France Presse (AFP) am Dienstag, dem 6. Februar, aus einer mit dem Fall vertrauten Quelle.

Die Pariser Kriminalpolizei sei in der „letzten Woche“ mit den Ermittlungen betraut worden, so die Quelle. Auf Anfrage der Nachrichtenagentur AFP erklärte die Finanzstaatsanwaltschaft, sie wolle „in diesem Stadium nicht die Existenz einer möglichen Voruntersuchung in Bezug auf die Vergütung von Tony Estanguet bestätigen“.



Tony Estanguet (X / @TonyEstanguet)



Olympiade Paris-2024: Finanzstaatsanwaltschaft untersucht Gehalt von Organisator Tony Estanguet

Tony Estanguet erhielt bis 2020 eine jährliche Vergütung von 270.000 Euro brutto, wie aus Zahlen hervorgeht, die das Organisationskomitee vorgelegt hat. Diese Vergütung konnte in Abhängigkeit von bestimmten Leistungskriterien um bis zu 20 % steigen, wie der Cojop mitteilte. Da es sich bei Cojop jedoch um einen Verein nach dem Gesetz von 1901 handelt, ist die Vergütung seiner Führungskräfte gesetzlich auf ein deutlich niedrigeres Niveau begrenzt.

Laut einem kürzlich erschienenen Artikel in der Zeitung Canard enchaîné soll der ehemalige Sportler daher eine Gesellschaft gegründet haben, die dem Cojop, das er selbst leitet, „nichtkommerzielle Leistungen“ in Rechnung stellt. Dies wirft Fragen über die Kontrolle, die „Realität und Qualität der Leistungen“ auf, die von Estanguets Unternehmen erbracht werden, so die Zeitung.

Tony Estanguet, triple médaillé d'or, ne déteste pas l'argent ! Une astuce comptable permet au patron du Comité d'organisation de #Paris2024 de toucher 270 000 € annuels brut (hors primes) pour ses "prestations". Sans guère de contrôle...

→ <https://t.co/Tpwe6OBCXa>

📍@_A_u_r_e_l pic.twitter.com/7guKsWL6KA

— Le Canard enchaîné (@canardenchaine) November 1, 2023

„Der Rahmen für die Vergütung des Präsidenten des Organisationskomitees ist sehr streng geregelt“, reagierte Cojop am Dienstag gegenüber AFP und man zeigte sich „erstaunt“ über die Ankündigung der Einleitung der Untersuchung. Die Vergütung von Tony Estanguet „wurde vom ersten Verwaltungsrat des Organisationskomitees am 2. März 2018 beschlossen und bestätigt“.

Die Höhe der Vergütung wurde auf Vorschlag eines „Vergütungskomitees“ beschlossen, das sich aus „unabhängigen Experten zusammensetzt, deren Aufgabe es ist, die Angemessenheit unserer Vergütungspolitik sicherzustellen“, so Cojop weiter.

„Die Auszahlungsmodalitäten wurden vom Controller Général Economique et Financier nach Konsultation der URSSAF bestätigt“.

„Der Betrag der Rechnungen, die dieser Vergütung inhärent sind, ist Gegenstand einer jährlichen Prüfung“ durch eine „von der Exekutive des Organisationskomitees unabhängige interne Auditstelle und einer Prüfung durch den Vergütungsausschuss“, sagt das Gremium



weiter und erklärt, dass dieses „Vorgehen keiner rechtlichen Verpflichtung, sondern dem Willen zur Transparenz entspricht“.

Bereits Anfang 2021 wurden in zwei Berichten der französischen Antikorruptionsagentur (AFA) über die Organisation der Olympischen Spiele Paris-2024 (26. Juli bis 11. August) „Risiken der Verletzung der Integrität“ und „Interessenkonflikte“ festgestellt.

In einem dieser Berichte erwähnte die AFA den Fall des Unternehmens von Tony Estanguet und wies auf eine „atypische Konstruktion im Rahmen eines Vereins nach dem Gesetz 1901“ hin, die „nicht ohne Schwierigkeiten“ sei, wie der Canard Enchaîné berichtet.

Die Organisation der Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris ist bereits Gegenstand von drei weiteren separaten Finanzermittlungen, insbesondere wegen des Verdachts auf Begünstigung und Veruntreuung öffentlicher Gelder bei der Vergabe von Aufträgen.